



Städtebarometer 2010

Das Lebensgefühl in Österreichs Städten

Wien, Juni 2010

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Daten zur Untersuchung	3
Einleitung	4
1 Methodische Vorgangsweise	5
2 Wesentliche Ergebnisse des allgemeinen Erhebungsteils und Vergleich mit dem Vorjahresbericht	6
2.1 Identifikation und Assoziation mit der Heimatstadt	6
2.2 Kommunale Dienstleistungen	10
2.3 Kommunale Dienstleistungen: Öffentlich vs. Privat	12
2.4 Zufriedenheit mit dem kommunalen Freizeitangebot	13
2.5 Zufriedenheit mit dem Angebot an Arbeit und Bildung sowie mit den sozialen Aufstiegschancen in Österreichs Städten	14
2.6 Eingebundenheit in die Wohnumgebung und soziale Netzwerke	16
2.7 Die soziale Situation der BürgerInnen	19
2.8 Sicherheitsempfinden in Österreichs Städten	21
2.9 Zuwanderung in Österreichs Städte	22
3 Schwerpunkt 2010: Die öffentlichen Leistungen in Österreichs Städten und ihre Finanzierung	24
3.1 Zukunftssorgen	24
3.2 Leistungen der Zentralorte für das Umland und Finanzierung	26
3.3 Beteiligung der Bundesregierung an der Finanzierung	29
3.4 Reformvorschläge für die Finanzierung	30
4 Zusammenfassung der Studienergebnisse und Implikationen für die Öffentlichkeitsarbeit des Städtebundes	35
4.1 Zusammenfassung der Studienergebnisse	35
4.2 Implikationen für die Öffentlichkeitsarbeit des österreichischen Städtebundes	38
Tabellenverzeichnis	40
Abbildungsverzeichnis	41

Daten zur Untersuchung

AuftraggeberIn:	Österreichischer Städtebund
Beauftragtes Institut:	SORA Institute for Social Research and Consulting, Wien
Wissenschaftliche Leitung:	Alexander Reichmann und Ingrid Putz
AutorInnen:	Mag. ^a Kathrin Gruber, Mag. ^a Ingrid Putz, Alexander Reichmann
Erhebungsgebiet:	Österreich
Grundgesamtheit:	EinwohnerInnen österreichischer Städte ab 16 Jahren (Definition Stadt: Mitglieder des österreichischen Städtebundes, insgesamt 255 Städte und Gemeinden)
Stichprobenumfang:	n=1.057
Stichprobendesign/-ziehung:	disproportionale Schichtung der Stichprobe nach Stadtgröße
Art der Befragung:	Telefoninterviews: Institute for Panel Research (IPR)
Befragungszeitraum:	April und Mai 2010
Gewichtung:	nach Geschlecht, Alter, Erwerbsstatus und Bildung der Befragten sowie Gemeindegröße

Einleitung

Bereits zum dritten Mal erhebt SORA im Auftrag des Österreichischen Städtebundes in einer quantitativen Erhebung die Einschätzungen der Menschen zum Leben in österreichischen Städten.

Ergänzend zum so genannten Grundmodul, das über die Befragungswellen unverändert bleibt, wurden heuer in einem ausführlichen Fragenteil die Einschätzungen der BewohnerInnen von Mitgliedsgemeinden des Österreichischen Städtebundes zu den Aufgaben und Leistungen von österreichischen Städten eingeholt und Finanzierungsalternativen zur Bewertung vorgelegt.

Der vorliegende Forschungsbericht gibt zunächst einen kurzen Überblick über die wesentlichen Ergebnisse des allgemeinen Erhebungsteils zum Lebensgefühl in österreichischen Städten und zieht einen Vergleich zur Befragung des Vorjahres. Eine ausführliche Darstellung ist dem Sonderteil der diesjährigen Erhebung gewidmet.

Das abschließende Kapitel fasst die wichtigsten Befunde zusammen und zieht Schlussfolgerungen für die Öffentlichkeitsarbeit des Österreichischen Städtebundes. In einem ausführlichen Anhang findet sich die detaillierte Darstellung der Fragen nach ausgewählten Untergruppen wie Geschlecht der Befragten, Gemeindegröße usw. sowie die Auflistung der Antworten auf die fünf offenen Fragen, die in der diesjährigen Erhebung gestellt wurden.

1 Methodische Vorgangsweise

Im April und Mai 2010 wurde die diesjährige telefonische Befragung von EinwohnerInnen von Mitgliedsgemeinden des Österreichischen Städtebundes zum Lebensgefühl in Österreichs Städten durchgeführt. Insgesamt wurden 1.057 Personen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in einer Mitgliedsgemeinde des Österreichischen Städtebundes in einem etwa 25-minütigen Interview befragt.

Inhaltlich wurde neben dem im Vorjahr entwickelten Grundmodul ein Fragenkomplex zum Thema Aufgaben und Leistungen der Städte bzw. deren Finanzierung eingesetzt.

Folgendes Stichprobendesign wurde für die telefonische Befragung im April und Mai 2010 konzipiert:

Tabelle 1: Österreichischer Städtebarometer, Erhebung Frühjahr 2010, Schichtung der Stichprobe

EinwohnerInnen	Anzahl EinwohnerInnen (2001), in 1.000	Anteil EinwohnerInnen (2001)	Stichprobengröße	Anteil Stichprobe
bis 10.000	904	20,6%	217	20,5%
10. bis 20.000	610	13,9%	195	18,4%
20. bis 100.000	660	15,0%	200	18,9%
100. bis 300.000	665	15,2%	198	18,7%
Wien	1.550	35,3%	247	23,4%
Summe	4.389	100,0%	1057	100,0%

Quelle: SORA

Die disproportionale Schichtung hat den Vorteil, dass so auch über Gruppen, die in der Gesamtpopulation nicht ausreichend groß sind, in der Analyse sinnvolle Aussagen getroffen werden können. Jede Analysekategorie umfasst in etwa 20% der Stichprobe. Über Gewichtung kann die Disproportionalität für Aussagen über die Gesamtpopulation wieder ausgeglichen werden.

2 Wesentliche Ergebnisse des allgemeinen Erhebungsteils und Vergleich mit dem Vorjahresbericht

Im vorliegenden Abschnitt werden die wesentlichen Ergebnisse des allgemeinen Erhebungsteils dargestellt. Dazu gibt es Vergleiche zur Erhebung des Vorjahres. Für einen ausführlichen Vergleich haben wir diesem Projektbericht einen umfassenden Tabellenteil angefügt. Die Gliederung des Kapitels folgt im Wesentlichen dem Vorjahresbericht.

2.1 Identifikation und Assoziation mit der Heimatstadt

Nach wie vor kann sich die überwiegende Mehrheit der Befragten mit Österreich, der eigenen Heimatstadt und Europa identifizieren (vgl. Tabelle 2). Der Anteil an Personen, die sich „sehr“ mit Österreich identifizieren ist am höchsten und liegt 2010 bei 71%, die Identifikation mit der Heimatstadt fällt etwas geringer aus. Am geringsten ist die Identifikation mit Europa, die 2010 bei 55% liegt. Generell ist die Identifikation mit allen drei Ebenen etwas geringer als im Vorjahr, auffällig ist der Rückgang der Identifikation mit der Heimatstadt in kleinen Städten.

Tabelle 2: Identifikation mit der Heimatstadt, Österreich und Europa, Zeitvergleich 2009 und 2010¹

Zahl der EinwohnerInnen	Heimatstadt		Österreich		Europa	
	2009	2010	2009	2010	2009	2010
bis 10.000	74	57	88	80	56	52
10. bis 20.000	69	61	88	75	51	55
20. bis 100.000	64	57	80	69	53	45
100. bis 300.000	65	63	71	68	59	44
Wien	65	62	74	67	69	65
gesamt	67	60	79	71	59	55

Quelle: SORA, Angaben für „fühle mich sehr als ...“ in Prozent, 2009 n=1054, 2010 n=1057

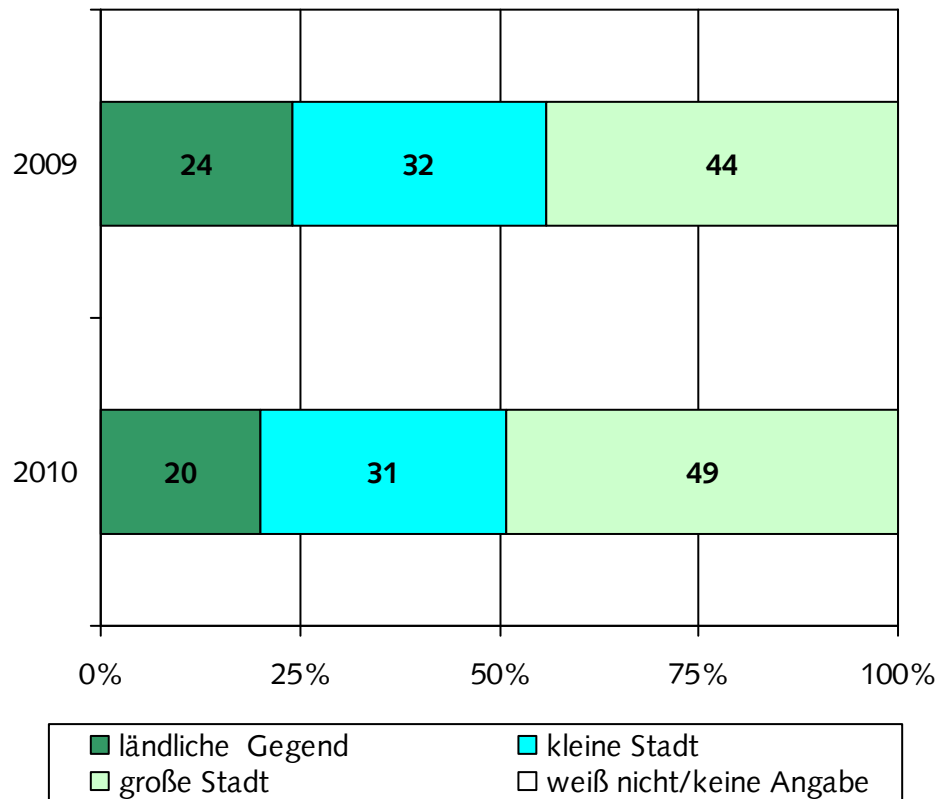
Die Identifikation mit Europa ist höher wenn die Befragten über einen höheren Bildungsabschluss verfügen. Auffallend ist weiters die sehr „regionalpatriotische“

¹ In der Auswertung der diesjährigen Erhebung bildet „bis 10.000 EinwohnerInnen“ die kleinste Größenkategorie, daher wurden die Daten des Vorjahres entsprechend rekodiert und neu ausgewertet.

Haltung von LehrabsolventInnen: Sie identifizieren sich überdurchschnittlich mit ihrer jeweiligen Heimatgemeinde bzw. mit Österreich.

Die Einschätzung der eigenen Wohngemeinde als städtisch oder ländlich hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Einschätzung der Wohnumgebung nach Gemeindegröße im Zeitvergleich



Quelle: SORA, Angaben in Prozent, 2009 n=1054, 2010 n=1057

Nach wie vor hoch ist die Zufriedenheit der BewohnerInnen mit der Lebensqualität an ihrem Wohnort (vgl. Abbildung 2): 86% sind der Meinung, dass die Heimstadt eine hohe Lebensqualität bietet; je größer die Stadt ist, desto schwächer werden aber die Werte bei „passt sehr“. Insgesamt stimmen drei Viertel der Befragten (und teils mehr) den meisten der abgefragten positiven Aspekte des Lebens in ihrer Heimatstadt zu.

Begriffe wie „sauber“ (88%), „kinderfreundlich“ (84%), „umweltfreundlich“ (81%), „seniorenfreundlich“ (79%) und „weltoffen“ (75%) werden vom Großteil der Befragten als passend für die Heimatstadt empfunden. 75% finden, dass das Leben in der Gemeinde „Leuten wie ihnen“ Chancen bietet. Je größer die Stadt, desto mehr Befragte assoziieren mit ihrer Wohnstadt die Begriffe

„laut“ und „stressig“. In Wien werden diese Assoziationen bereits von 48% bzw. 37% geteilt.

Im Vergleich zu 2009 etwas zurückgegangen ist die Zuschreibung, dass es in ihrer Stadt ein großes Angebot an Kunst und Kultur gibt: für 67% passt dies heute, 2009 stimmten noch 77% zu. Eine Erklärung für diesen Rückgang der Einschätzung des Angebotes von „Kunst und Kultur“ wäre, dass dies viele Komponenten des Angebotes in Städten umfasst und darüber hinaus möglicherweise situativ beeinflusst wird. Das heißt, hier gibt es neben beeinflussenden aktuellen Anlässen insgesamt einen höheren Spielraum an Assoziationen als bei Begriffen wie „umweltfreundlich“, „seniorInnenfreundlich“, „laut“ etc. – also jene Begriffe mit vergleichsweise stabilen Werten.

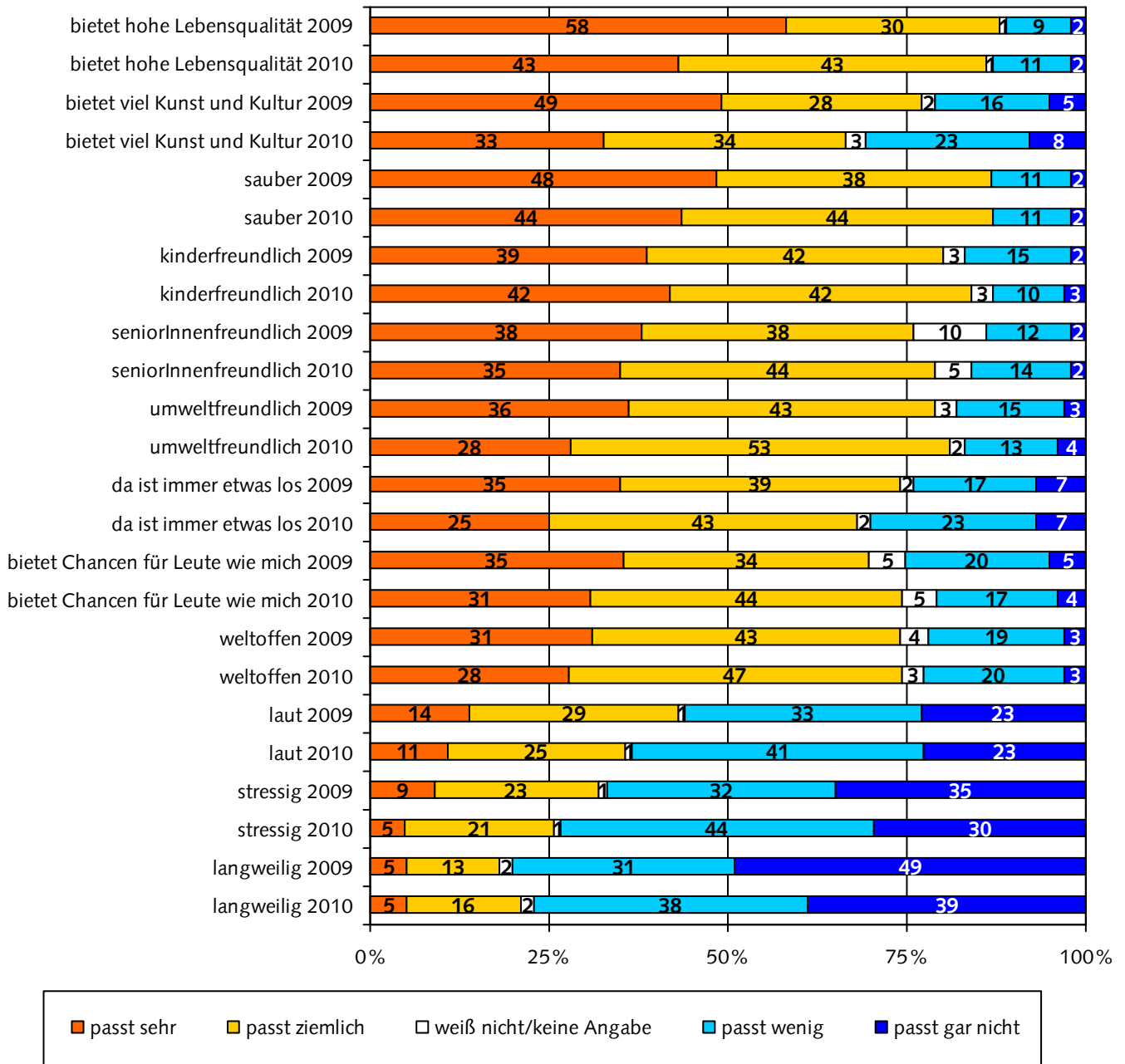
68% der Befragten assoziieren mit ihrer Heimatstadt, dass „da immer etwas los ist“. Mit zunehmender Größe des Ortes wird diese Einschätzung stärker, allerdings geht der Wert bei Wien wiederum etwas zurück: in Gemeinden mit 100.000 bis 300.000 EinwohnerInnen sind bereits 80% der Meinung, dass immer etwas los ist, in Wien „nur“ noch 72%.

36% bzw. 26% geben an, dass sie die Begriffe „laut“ und „stressig“ für ihre Wohnstadt passend finden. BewohnerInnen kleiner Städte finden das Leben in ihrer Heimatstadt weniger „stressig“ als BewohnerInnen von Städten mit einer höheren EinwohnerInnenzahl. In Gemeinden mit 20.000 bis 100.000 EinwohnerInnen finden 21% der Befragten den Begriff „stressig“ für ihre Heimatstadt passend, in Städten mit mehr als 100.000 EinwohnerInnen sind es bereits 37% der BewohnerInnen. Auffallend ist, dass auch in Wien in der Erhebung 2010 nur noch 37% dieser Meinung sind, 2009 fanden noch 50% das Leben in der Stadt stressig.

Insgesamt 11% der Befragten meinen, dass ihre Heimatstadt sehr laut ist, weitere 29% empfinden ihre Wohnumgebung als ziemlich laut. 33% finden diese Assoziation nur wenig passend, für 23% passt der Begriff „laut“ gar nicht. Wie auch bei „stressig“ wird die Zuschreibung „laut“ bei BewohnerInnen großer Städte stärker als bei BewohnerInnen kleiner Städte. Nur 21% finden das Leben in ihrer Heimatstadt langweilig. Diese Zuschreibung wird stärker, je kleiner die Einwohnerzahl ist.

Die nachfolgende Abbildung 2 zeigt die Zahlen wiederum im Vergleich zur Vorjahreserhebung.

Abbildung 2: Assoziationen mit der Heimatstadt, Zeitvergleich 2009 und 2010



Quelle: SORA, Angaben in Prozent, 2009 n=1054, 2010 n=1057

2.2 Kommunale Dienstleistungen

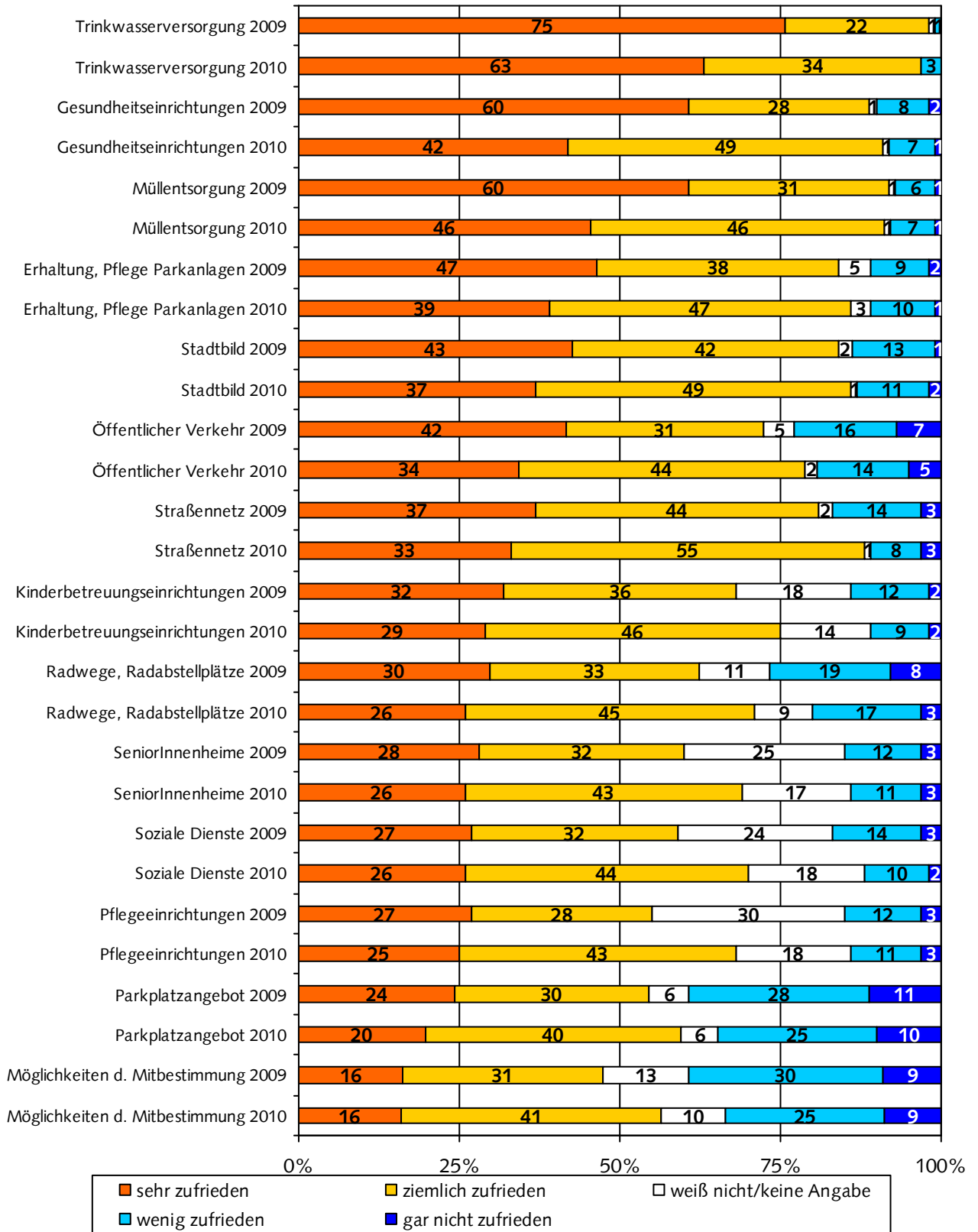
Wie auch im Vorjahr sind fast alle BewohnerInnen österreichischer Städte mit der Trinkwasserversorgung (97%), der Müllentsorgung (92%) und den Gesundheitseinrichtungen (91%) zufrieden (vgl. Abbildung 3). Der überwiegende Teil der Befragten ist mit der Erhaltung und der Pflege von Parkanlagen (86%) sowie dem Stadtbild (86%) in der Heimatstadt zufrieden.

88% sind mit dem Zustand des Straßennetzes zufrieden, 78% mit dem öffentlichen Verkehr und 75% mit den Kinderbetreuungseinrichtungen.

Gestiegen ist die Zufriedenheit gegenüber der Erhebung 2009 in den folgenden Bereichen: 71% der Befragten sind zufrieden mit den Radwegen und Radabstellplätzen (2009: 63%), 69% sind mit den SeniorenInnenheimen, 70% mit den sozialen Diensten in der Heimatstadt zufrieden (2009: 60% bzw. 59%). 68% sind mit den Pflegeeinrichtungen (2009: 55%) zufrieden, 60% mit dem Parkplatzangebot (54%). Die Zufriedenheit mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Heimatstadt ist von 47% auf 57% gestiegen.

Wie bereits im Vorjahr muss hier angemerkt werden, dass viele Befragte keine Angabe zu verschiedenen kommunalen Dienstleistungen machen können. Beispielsweise enthalten sich besonders jüngere Befragte ihrer Meinung bezüglich Pflegeeinrichtungen usw.

Abbildung 3: Zufriedenheit mit kommunalen Dienstleistungen, Zeitvergleich 2009 und 2010



Quelle: SORA, Angaben in Prozent, 2009 n=1054, 2010 n=1057

Differenziert nach der Ortsgröße zeigen sich für die Zufriedenheit mit kommunalen Dienstleistungen zwei Trends:

1. Mit Zunahme der EinwohnerInnenzahl steigt die Zufriedenheit in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Zustand des Straßennetzes und Gesundheitseinrichtungen (wobei hier die Werte für Wien im Vergleich der Jahre 2009 und 2010 wieder zurückgehen).
2. Mit Zunahme der EinwohnerInnenzahl sinkt die Zufriedenheit bei den Fragen nach Parkplätzen, Radwegen sowie der Erhaltung und Pflege von Parks.

Für die weiteren Items sind keine eindeutigen Trends zu sehen.

Interessant ist die Differenzierung der Befragten nach ihrem derzeitigen Erwerbsstatus: Personen, die derzeit arbeitslos, karenziert oder aus sonstigen Gründen zuhause sind, sind tendenziell etwas weniger zufrieden als aktuell Berufstätige, Personen in Ausbildung und PensionistInnen.

Ansonsten zeichnen sich Unterschiede aufgrund unterschiedlicher Betroffenheiten ab: so sind PensionistInnen (bzw. Personen ab 60 Jahren) in höherem Ausmaß „sehr zufrieden“ als Jüngere oder Berufstätige. Teils holen Letztere aber dann bei den Werten zu „ziemlich zufrieden“ auf.

2.3 Kommunale Dienstleistungen: Öffentlich vs. Privat

Unabhängig davon, um welche konkrete kommunale Dienstleistung es sich handelt, ist die überwiegende Mehrheit der Befragten der Meinung, dass diese nicht von privaten Anbietern angeboten, sondern von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden soll. So finden es jeweils 82 % der Befragten wichtig, dass Trinkwasserversorgung sowie Soziale Dienste und Beratungsstellen für Menschen in Not von den Städten und Gemeinden als Leistung erbracht werden sollen.

Ebenfalls für die überwiegende Mehrheit sollen Gesundheitseinrichtungen (80%), die Müllentsorgung (79%), Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Erhaltung des Straßennetzes (jeweils 78%), öffentlicher Verkehr sowie die Erhaltung des Stadtbildes (jeweils 77%), Bereitstellung und Erhaltung von Radwegen und Radabstellplätzen (76%), Bereitstellung und Erhaltung von SeniorInnenheimen bzw. betreuten Wohnmöglichkeiten für SeniorInnen (74%), Pflegeeinrichtungen (73%), Bereitstellung und Verwaltung des Parkplatzangebotes sowie Erhaltung und Pflege von Parkanlagen (jeweils 71%) in öffentlicher Hand verankert sein. Im Vergleich zur Vorjahreserhebung sind die Ergebnisse stabil.

In der Erhebung 2010 zeigt sich, dass Männer tendenziell stärker für die Beibehaltung von kommunalen Dienstleistungen in öffentlicher Hand plädieren. Lediglich die Erhaltung und Pflege von Parkanlagen und des Stadtbildes sind Anliegen, die Frauen genauso stark wie Männer den Städten und Gemeinden zuschreiben. Angemerkt werden soll an dieser Stelle, dass Frauen jeweils 1 bis 2 Prozentpunkte höhere Anteile bei „weiß nicht/keine Angabe“ aufweisen, allerdings erklärt dies nicht die Geschlechterdifferenzen. Nach Bildung differenziert zeigt sich, dass Personen, die zumindest über einen Maturaabschluss verfügen, stärker für die Auslagerung an private Anbieter sind. Lediglich bei Sozialen Diensten und Beratungsstellen für Menschen in Not sowie Erhaltung und Pflege von Parkanlagen sind diese Befragten dagegen.

Vehement für einen Verbleib der genannten Leistung in öffentlicher Hand sind PensionistInnen. Wenig und gar nicht wichtig ist es tendenziell für Personen, die derzeit arbeitslos, karenziert oder aus sonstigen Gründen zuhause sind.

2.4 Zufriedenheit mit dem kommunalen Freizeitangebot

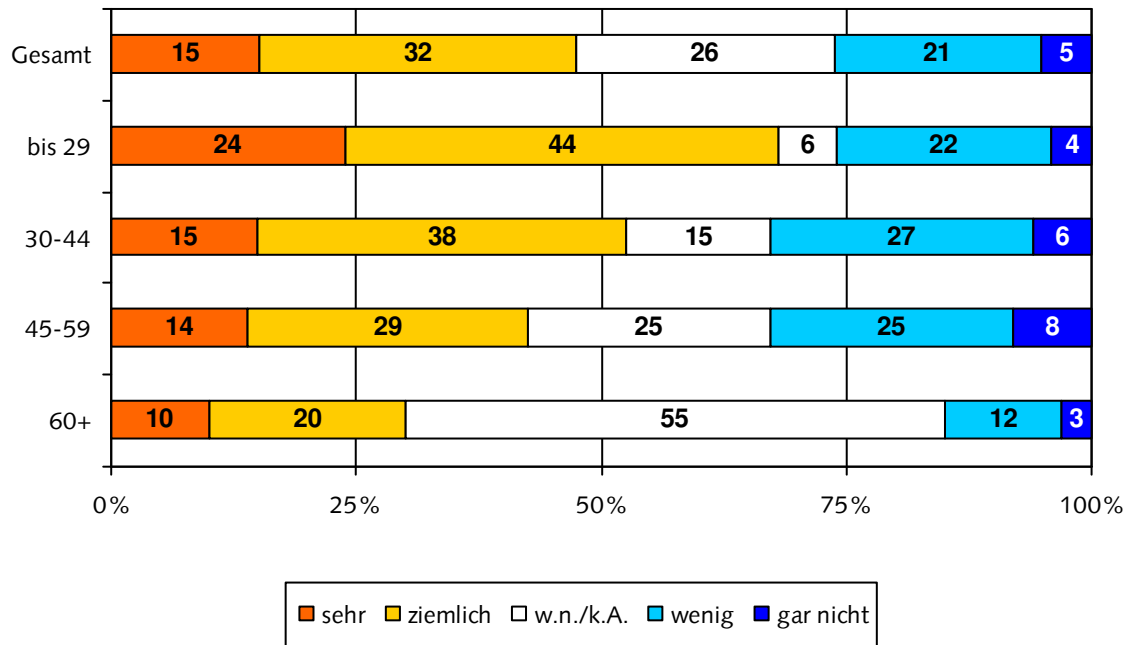
Mit dem Freizeitangebot in österreichischen Städten ist die überwiegende Mehrheit der Befragten zufrieden.

Am häufigsten zufrieden sind die Befragten insgesamt mit den Grünflächen und Naherholungsgebieten (91%) in ihrer Wohngemeinde, dicht gefolgt von den Einkaufsmöglichkeiten sowie der Nahversorgung (jeweils 88%). 81% geben an, dass sie mit den Sportmöglichkeiten in ihrer Wohngemeinde zufrieden sind, jeweils 78% mit Veranstaltungen und dem kulturellen Angebot. Mit den Lokalen und Gaststätten in der Wohnumgebung sind 81% der Befragten zufrieden, mit den Freizeiteinrichtungen allgemein 85%.

Die Ausnahme bilden Treffpunkte für Jugendliche in der Wohngemeinde: mit 48% ist weniger als die Hälfte der Befragten diesbezüglich zufrieden.

Differenziert man hier nach dem Alter, so zeigt sich aber, dass jüngere Menschen selbst wesentlich zufriedener sind. Befragte bis 29 sind zu 68% mit dem Angebot zufrieden, 26% sind nicht zufrieden (vgl. Abbildung 4). Bei den älteren Befragten ist auch die Angabe „weiß nicht“ recht hoch, sie können dieses spezifische Angebot also nicht beurteilen.

Abbildung 4: Zufriedenheit mit Treffpunkten für Jugendliche in der Wohngemeinde 2010 nach Alter



Quelle: SORA, Angaben in Prozent, n=1057

Im Vergleich mit der Vorjahreserhebung sind die Werte in einzelnen Items leicht angestiegen. Differenziert nach der Gemeindegröße zeigt sich kein genereller Trend, allerdings sind Befragte aus Gemeinden bis zu 10.000 EinwohnerInnen meist weniger zufrieden als andere. In einigen Items steigt die Zufriedenheit mit zunehmender Größe an, geht bei Wien allerdings dann wieder leicht zurück.

2.5 Zufriedenheit mit dem Angebot an Arbeit und Bildung sowie mit den sozialen Aufstiegschancen in Österreichs Städten

Insgesamt 81% sind mit dem Angebot an Pflichtschulen in ihrer Heimatgemeinde zufrieden (40% sind sogar „sehr zufrieden“). 74% der Befragten geben an, dass sie mit dem Angebot an höheren Schulen zufrieden sind. Mit den Weiterbildungsmöglichkeiten in der Wohngemeinde sind 69% der Befragten zufrieden. Etwa die Hälfte der Befragten (59%) bewertet die sozialen Aufstiegschancen als zufrieden stellend. Der Anteil an Personen, die sehr zufrieden sind, liegt diesbezüglich bei 14%. Demgegenüber sind 29% der Befragten mit den sozialen Aufstiegschancen der Heimatgemeinde wenig oder gar nicht zufrieden. Das Angebot an Arbeitsplätzen wird von 49% der Befragten als zufrieden stellend

bewertet, 10% sind damit sehr zufrieden. Die größte Unzufriedenheit herrscht bezüglich des Angebots an Lehrstellen/Lehrwerkstätten (39% nicht zufrieden) und „guten Arbeitsplätzen“ in der Wohngemeinde (46%). 38% sind mit dem Angebot an Lehrstellen bzw. Lehrwerkstätten zufrieden. Das Angebot an „guten Arbeitsplätzen“ finden 37% der Befragten in ihrer Heimatgemeinde zufrieden stellend.

Deutlich zeigen sich in diesen Fragen die Auswirkungen des Geschlechts auf die Arbeitsmarktsituation und Berufschancen: Frauen beurteilen die abgefragten Items teils deutlich schlechter als Männer (vgl. Tabelle 3). So sind Frauen mit dem Angebot an Arbeitsplätzen allgemein zu 8% sehr, zu 36% ziemlich zufrieden, 18% haben hier keine Meinung. Unter den Männern sind 13% sehr und 42% ziemlich zufrieden. Mit dem Angebot an guten Arbeitsplätzen sind 5% der Frauen sehr, 25% ziemlich zufrieden (22% keine Angabe), demgegenüber sind 9% der Männer sehr und 37% ziemlich zufrieden (11% keine Angabe). Bei der Beurteilung des Bildungsangebotes gehen die Differenzen etwas zurück, bei der Einschätzung der sozialen Aufstiegschancen sind Männer wiederum deutlich zufriedener.

Tabelle 3: Zufriedenheit mit Angebot an Arbeit und Bildung nach Geschlecht

	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	wenig zufrieden	gar nicht zufrieden	w.n./k.A.
mit Arbeitsplätzen allg. – Männer	13	42	28	8	9
<i>Frauen</i>	8	36	31	8	18
mit guten Arbeitsplätzen – Männer	9	37	32	11	11
<i>Frauen</i>	5	25	36	12	22
mit Lehrstellen – Männer	14	44	27	5	10
<i>Frauen</i>	4	29	33	7	27
mit Pflichtschulen – Männer	42	39	9	3	6
<i>Frauen</i>	38	43	10	3	6
mit höheren Schulen – Männer	40	37	11	6	6
<i>Frauen</i>	34	36	16	7	7
mit Weiterbildungsmöglichkeiten – Männer	31	41	17	5	7
<i>Frauen</i>	25	41	19	4	12
mit sozialen Aufstiegschancen – Männer	18	45	24	5	9
<i>Frauen</i>	10	46	25	4	15

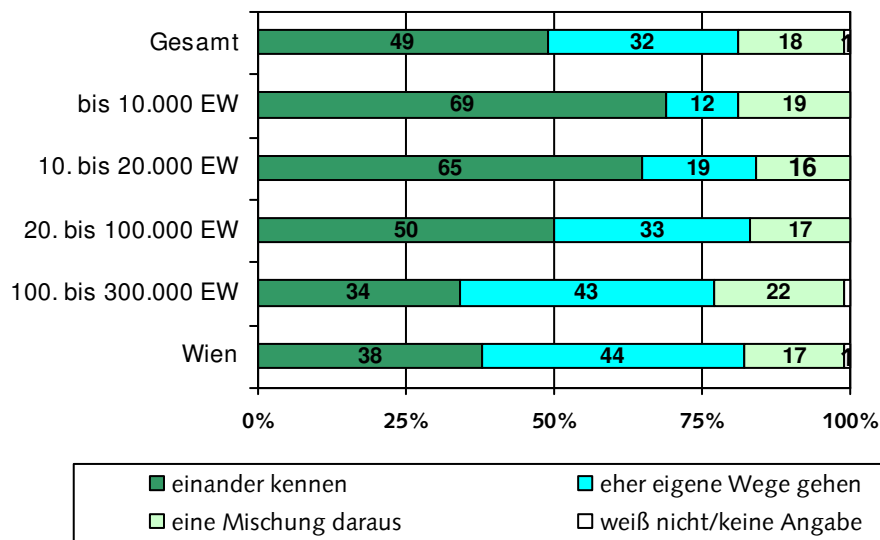
Quelle: SORA, Angaben in Prozent, n=1057

2.6 Eingebundenheit in die Wohnumgebung und soziale Netzwerke

Die Befragten wurden gebeten einzuschätzen, ob sich die Menschen in ihrer Wohnumgebung kennen und einander gegebenenfalls helfen oder eher ihren eigenen Wegen nachgehen. Im Vergleich mit der Vorjahreserhebung ist die Zahl der Befragten, die angeben, dass sich die Leute in ihrer Nachbarschaft kennen und einander helfen, von 38% auf 49% gestiegen. Im Gegenzug sinkt vor allem die Zahl jener, für die in der Wohnumgebung beide Formen der Nachbarschaftsverhältnisse vertreten sind (2010: 18%, 2009: 26%). 32% sind der Meinung, dass die Leute in ihrer Wohnumgebung eher eigene Wege gehen (2009: 35%).

Wie auch im Vorjahr sind die BewohnerInnen umso häufiger der Meinung, dass die Leute in der Nachbarschaft eher eigene Wege gehen, je größer die Gemeinde ist (vgl. Abbildung 5): In Gemeinden bis 10.000 EinwohnerInnen sind lediglich 12% der BewohnerInnen dieser Meinung, in Wien sind es 44%. Annähernd spiegelbildlich dazu ist die Einschätzung, dass die Menschen einander kennen und sich helfen: sind in Gemeinden bis 10.000 EinwohnerInnen noch 69% dieser Meinung, sinkt hier mit zunehmender Größe der Gemeinde bis 300.000 EinwohnerInnen die Zustimmung auf 34%. In Wien steigt dieser Wert wieder leicht auf 38%.

Abbildung 5: Einschätzung der Nachbarschaft nach Gemeindegröße



Quelle: SORA, Angaben in Prozent, n=1057

Frauen sind offenbar stärker in Nachbarschaftsbeziehungen involviert als Männer, ältere Menschen stärker als jüngere. Deutlich ist auch, dass Personen, die arbeitslos, karnziert oder zu Hause sind sowie PensionistInnen intensivere

nachbarschaftliche Beziehungen haben als Berufstätige oder Menschen in Ausbildung. Mit zunehmender Bildung nimmt das Ausmaß der Beziehungen tendenziell ab.

Eine weitere Frage lautet: „Wie oft kommen Sie durchschnittlich mit ihren NachbarInnen zusammen und unterhalten sich zumindest kurz?“. Darauf antwortet knapp die Hälfte der Befragten (47%), dass mehrmals pro Woche Kontakt mit den NachbarInnen besteht. 30% haben etwa einmal pro Woche Kontakt mit der Nachbarschaft. 9% treffen ihre NachbarInnen etwa ein bis zwei Mal im Monat. 11% haben mit ihrer Nachbarschaft nur unregelmäßig Kontakt. Der Anteil an Befragten, die mit ihren NachbarInnen gar keinen Kontakt haben, beträgt lediglich 4%.

Der Anteil an Befragten, die mehrmals pro Woche Kontakt zu den NachbarInnen haben, nimmt mit zunehmender Gemeindegröße ab. Am häufigsten haben BewohnerInnen von Gemeinden bis 10.000 EinwohnerInnen Kontakt mit der Nachbarschaft: 88% treffen ihre NachbarInnen mindestens einmal pro Woche². In größeren Städten und Gemeinden haben zwischen 71% und 81% der BewohnerInnen zumindest einmal wöchentlich nachbarschaftlichen Kontakt. Der Anteil an Befragten, der ein bis zwei Mal monatlich Kontakt zu den NachbarInnen hat, nimmt mit der Größe der Gemeinden bis 300.000 EinwohnerInnen etwas zu (5% in Gemeinden bis zu 10.000 EinwohnerInnen, 11% in Gemeinden bis zu 300.000 EinwohnerInnen) und sinkt für Wien wiederum auf 8%.

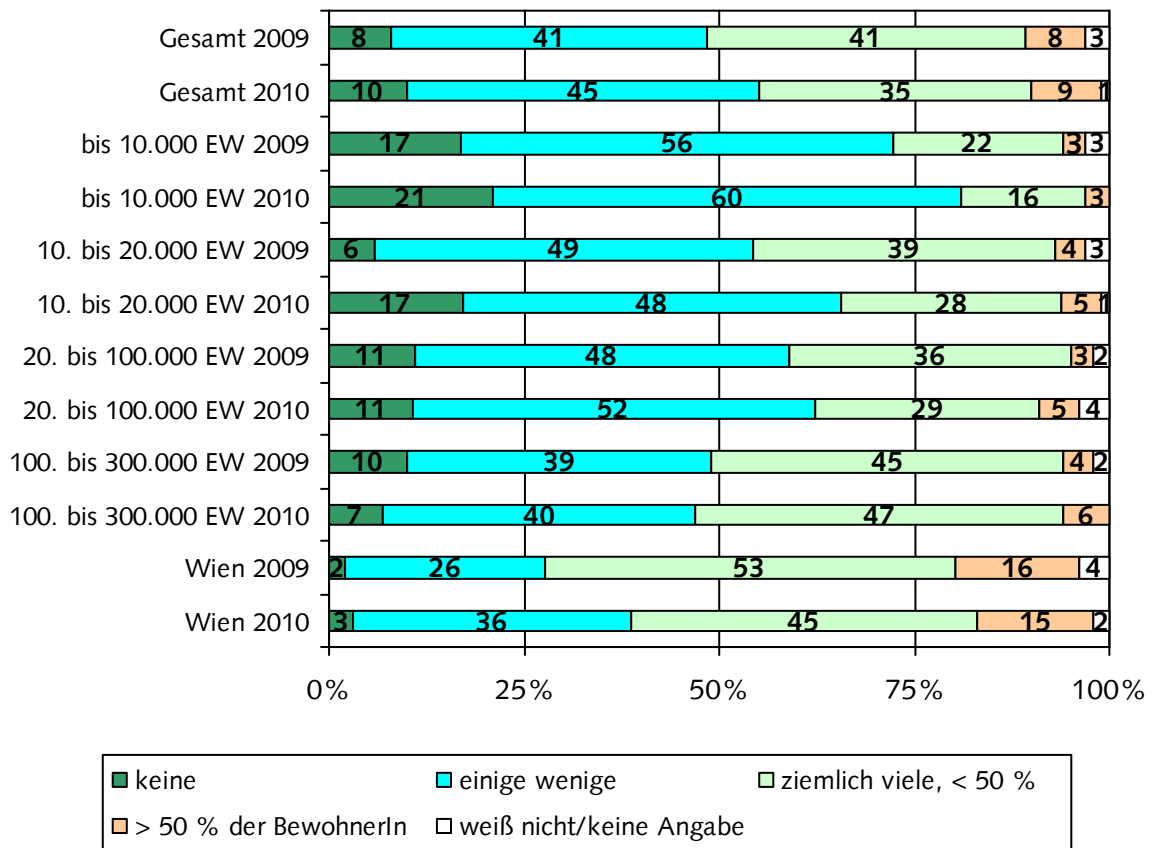
Wiederum sind Frauen hier besser integriert als Männer, ältere Menschen haben häufigeren Kontakt als jüngere, dementsprechend auch PensionistInnen (aber auch Personen die arbeitslos, karenziert oder zu Hause sind) mehr als Berufstätige oder Menschen in Ausbildung. Auch sinkt wiederum mit höherer Bildung der Kontakt zu den NachbarInnen, allerdings haben auch Personen mit maximal Pflichtschulabschluss weniger Kontakt als etwa LehrabsolventInnen.

45% der Befragten geben an, dass in ihrer Nachbarschaft „einige wenige“ MigrantInnen leben, 35% sagen, es sind „ziemlich viele, aber weniger als die Hälfte der Bewohner/innen“ (vgl. Abbildung 6). 10% geben an, dass in ihrer Nachbarschaft keine MigrantInnen wohnen. Weitere 9% wohnen in einer Nachbarschaft mit einem MigrantInnenanteil von über 50%. Im Vergleich mit der Vorjahreserhebung verschieben sich die Werte von der Einschätzung „ziemlich viele“ leicht vor allem zugunsten von kleineren Größenordnungen.

² Nennungen „etwa einmal pro Woche“ und „mehrmals pro Woche“.

Der subjektiv wahrgenommene Anteil an MigrantInnen steigt mit zunehmender Stadt- bzw. Gemeindegröße: In Gemeinden bis 10.000 EinwohnerInnen geben 21% an, dass in ihrer Nachbarschaft keine MigrantInnen wohnen. 60% berichten von einigen wenigen MigrantInnen in der Nachbarschaft. 16% finden die Beschreibung „ziemlich viele Zuwanderer und Zuwanderinnen in der Wohnumgebung“ passend. Unter WienerInnen geben 45% an, dass in ihrer NachbarInnenenschaft „ziemlich viele“ MigrantInnen leben, 15% leben in einer Wohnumgebung mit einem gefühlten MigrantInnenanteil von über 50%. Der Anteil an Personen, die keine oder einige wenige MigrantInnen in ihrer Wohnumgebung zählen, sinkt in Wien auf 3% bzw. 36%. In Städten mit 100.000 bis 300.000 EinwohnerInnen meinen 47%, dass in ihrer Nachbarschaft ziemlich viele MigrantInnen leben, 6% sagen, es sind über 50%.

Abbildung 6: Anteil an ZuwanderInnen in der NachbarInnenenschaft nach Gemeindegröße, Zeitvergleich 2009 und 2010



Quelle: SORA, Angaben in Prozent, 2009 n=1054, 2010 n=1057

Die Wahrnehmung eines hohen Anteils („ziemlich viele“ und „mehr als die Hälfte“) an ZuwanderInnen ist bei Frauen und bei Personen, die arbeitslos, karenziert oder zu Hause sind, besonders ausgeprägt. Die Meinung, dass „keine“

ZuwanderInnen in der Wohnumgebung leben, sinkt mit der Höhe des Bildungsabschlusses. Darüber hinaus zeigen sich keine eindeutigen Trends in den Untergruppen.

2.7 Die soziale Situation der BürgerInnen

Die überwiegende Mehrheit der Befragten ist mit den Sozialkontakten (93%), der familiären Situation (90%), der Lebenssituation insgesamt (89%) sowie dem Gesundheitszustand (87%) zufrieden. 87% sind mit ihrer hauptsächlichen Tätigkeit in Beruf, Schule oder Haushalt zufrieden. Die Zufriedenheit mit den Freizeitaktivitäten insgesamt sowie mit der sozialen Sicherheit liegt unter den Befragten bei 82% bzw. 85%. 80% der Befragten sind mit der finanziellen Situation des Haushalts zufrieden. Am wenigsten sind die Befragten mit den Lern- und Weiterbildungsaktivitäten (67%) zufrieden.

In diesen Fragen zeigt sich, dass Personen, die derzeit arbeitslos, karenziert oder aus sonstigen Gründen zuhause sind, deutlich unzufriedener sind als Berufstätige oder PensionistInnen. Zu erwarten ist dieses Ergebnis bei Items, die die materielle Situation betreffen, allerdings ist auch die Zufriedenheit mit dem Gesundheitszustand oder den Lern- und Weiterbildungsaktivitäten schlechter als in den anderen Gruppen. Aus anderen Studien ist bekannt, dass arbeitslose Personen – besonders mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit – in vielen Lebensbereichen wie z.B. der Gesundheit unzufriedener sind als Berufstätige, für die Interpretation der Daten für die Befragten dieser Kategorie ist aber zu beachten, dass dies eine recht heterogene Gruppe ist.

Generell zeigt sich auch, dass Personen mit höherem Bildungsabschluss in den meisten Aspekten zufriedener sind. Dies kann z.B. dadurch erklärt werden, dass Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen oft vergleichsweise höhere Einkommen in stabileren Beschäftigungsverhältnissen haben als Menschen mit niedrigen formalen Bildungsabschlüssen.

Der Anteil an Befragten, die es für wahrscheinlich halten, dass sie in Zukunft einen sicheren Arbeitsplatz und ein ausreichendes Einkommen haben sowie sich eine gute Gesundheitsvorsorge leisten können, liegt bei jeweils 67%. Mit 63% hält weiters mehr als die Hälfte der Befragten zukünftig eine sichere Pension für wahrscheinlich. Jede/r Dritte hält eine sichere Pension in Zukunft für wenig bis gar nicht wahrscheinlich. Auch in diesen Fragen gibt es keine relevanten Veränderungen zum Vorjahr.

Allerdings zeigen sich für 2010 interessante Details in den Untergruppen: So sind etwa auch hier, in der Frage nach dem zukünftigen sicheren Arbeitsplatz, Frauen deutlich pessimistischer als Männer. WienerInnen sind überdurchschnittlich zuversichtlich (70% sehr und ziemlich wahrscheinlich), ebenso Personen mit Hochschulabschluss (84%). Dramatisch ist die schlechte Perspektive von Menschen, die derzeit arbeitslos, karenziert oder aus sonstigen Gründen zuhause sind: Lediglich 27% erwarten einen sicheren Arbeitsplatz! Diese Gruppe ist auch deutlich skeptischer hinsichtlich der Erwartung einer sicheren Pension, einer guten, leistbaren Gesundheitsvorsorge und eines künftigen ausreichenden Einkommens. Nach Bildung gibt es keinen eindeutigen linearen Trend, tendenziell steigt die Zuversicht hinsichtlich aller genannten Aspekte aber mit Höhe des Bildungsabschlusses.

Die Befragten wurden weiters gefragt, ob sie mit ihrem derzeitigen Haushaltseinkommen sehr gut leben können, ob es einigermaßen, knapp oder nicht ausreicht: Die überwiegende Mehrheit der Befragten (48%) kommt mit dem Haushaltseinkommen einigermaßen aus. 31% geben an, dass sie aktuell davon sehr gut leben können. Von Einkommensknappheit sprechen 18% der Befragten, 3% geben an, dass das monatliche Haushaltseinkommen nicht ausreicht.

In der Differenzierung nach Gemeindegröße fällt vor allem Wien ins Auge: Hier sagen 26%, dass sie sehr gut mit ihrem derzeitigen Haushaltseinkommen leben können, für 23% reicht es nur knapp. Das Pendant zu dieser vergleichsweise schlechten Einschätzung bilden Personen in Gemeinden mit 100.000 bis 300.000 EinwohnerInnen: Dort sagen 36%, dass sie mit ihrem derzeitigen Haushaltseinkommen sehr gut leben können, und lediglich 13%, dass es knapp ist.

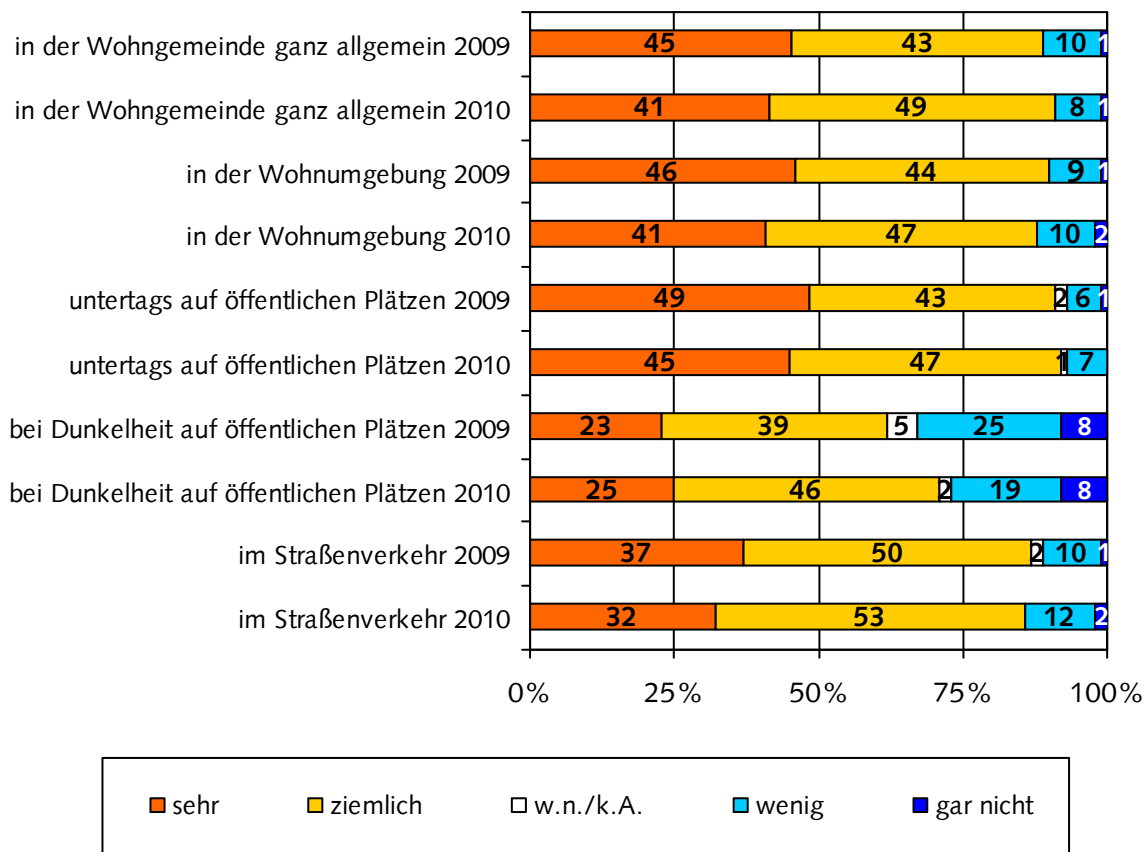
Besonders zufrieden zeigen sich in der Differenzierung nach dem Erwerbsstatus Berufstätige (37% kann sehr gut davon leben) und PensionistInnen (27%); erwartungsgemäß kommen Befragte, die derzeit arbeitslos, karenziert oder aus sonstigen Gründen zuhause sind sowie Menschen in Ausbildung schlechter zurecht: für 38% bzw. 25% reicht das Haushaltseinkommen nur knapp oder gar nicht.

2.8 Sicherheitsempfinden in Österreichs Städten

Die Befragten wurden gebeten, ihr subjektives Sicherheitsgefühl im Bezug auf das Leben in der Heimatgemeinde anzugeben. Jeweils 41% der Befragten fühlen sich in der Wohngemeinde allgemein und in ihrer Wohnumgebung sehr sicher. Untertags auf öffentlichen Plätzen sind es 45%. Bei Dunkelheit fühlen sich 25% der Befragten in ihrer Heimatgemeinde auf öffentlichen Plätzen sehr sicher. Im Straßenverkehr der Wohngemeinde fühlen sich 32% der Befragten sehr sicher.

Der Vergleich mit den Vorjahresergebnissen zeigt, dass die Empfindung „sehr sicher“ geringfügig rückläufig ist, hingegen die Empfindung „ziemlich sicher“ steigt. So sind in Summe auch hier die Ergebnisse stabil.

Abbildung 7: Subjektives Sicherheitsempfinden in der Wohngemeinde, Zeitvergleich 2009 und 2010



Quelle: SORA, Angaben in Prozent, 2009 n=1054, 2010 n=1057

Tendenziell sinkt das Sicherheitsgefühl mit zunehmender Zahl der EinwohnerInnen; lediglich „untertags auf öffentlichen Plätzen“ ist das Empfinden in Wien etwas besser als in Städten/Gemeinden zwischen 20.000 und 300.000 Ein-

wohnerInnen. Nach der Größe uneinheitlich ist das Sicherheitsempfinden im Straßenverkehr.

Erwartungsgemäß weniger sicher fühlen sich insgesamt Frauen und bei Dunkelheit auch ältere Menschen. Das subjektive Sicherheitsempfinden steigt aber bei Menschen, die Matura oder einen Hochschulabschluss haben.

2.9 Zuwanderung in Österreichs Städte

469 Personen der Stichprobe leben heute in einer Gemeinde bzw. Stadt, in die sie erst im Laufe ihres Lebens gezogen sind. Von diesen kommen 52% aus einer kleineren Gemeinde, 26% aus einer größeren Gemeinde. 20% sind aus dem Ausland zugewandert (1% macht keine Angabe). Befragt nach den Gründen für die Übersiedelung nennt die Hälfte zunächst private Gründe³. Erst mit einigem Abstand folgen dann Arbeit (23%) und Beruf (21%). Weitere Gründe sind allgemein Bildung bzw. die Ausbildung (13%) und die Lebensqualität (11%).

Themen	Häufigkeit	Prozent
private Gründe	233	50
Arbeit	107	23
Beruf	97	21
Aus-/Bildung	62	13
Lebensqualität	51	11
Haus bauen/kaufen	37	8
Wohnungssituation	37	8
allgemeine Veränderung	32	7
Reiz/Vorteile einer Stadt	10	2
Verkehrsverbindungen	8	2
soziale Angebote	5	1
Sonstiges	52	11
weiß nicht/keine Angabe	-	-

Quelle: SORA, n=469, Mehrfachnennungen möglich

Im Vergleich mit den Vorjahresergebnissen sind die Werte stabil.

Differenziert nach Geschlecht zeigt sich, dass für 57% der Frauen „private Gründe“ ausschlaggebend sind, bei Männern liegt dieser Wert bei nur 40%.

³ Bei dieser Frage waren Mehrfachantworten möglich, die Werte sind in % aller Nennungen, diese ergeben in Summe mehr als 100%.

Umgekehrt sind für Männer die Aspekte Arbeit (28%) und Beruf (26%) deutlich wichtiger als für Frauen (19% bzw. 17%).

Je größer die Einwohnerzahl einer Gemeinde/Stadt, desto wichtiger werden die Aspekte Arbeit, Beruf und Aus-/Bildung, wobei die Werte für Wien immer wieder ein bisschen zurückgehen. Umgekehrt sind private Gründe sowie ein Haus zu bauen oder zu kaufen wichtiger, je kleiner ein Wohnort ist.

3 Schwerpunkt 2010: Die öffentlichen Leistungen in Österreichs Städten und ihre Finanzierung

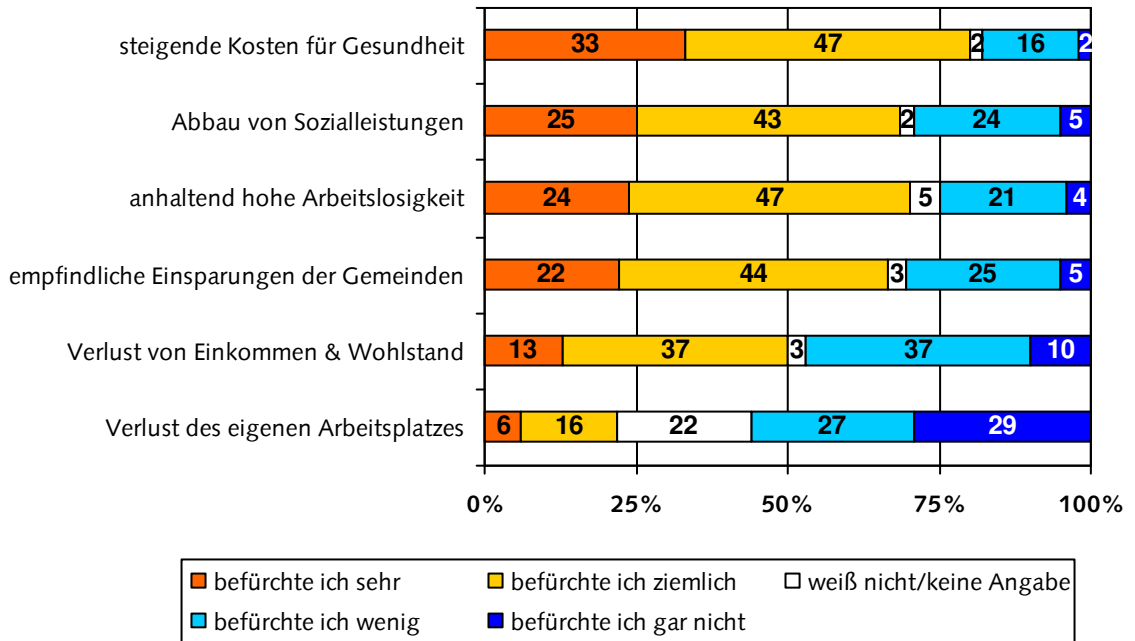
Für die Erhebung 2010 standen Fragen der Finanzierung der öffentlichen Leistungen und des Finanzausgleichs im Zentrum des variablen Befragungsteiles. Im vorliegenden Kapitel sind die wesentlichen Ergebnisse dargestellt.

3.1 Zukunftssorgen

Der spezifische Fragenblock im Städtebarometer 2010 wurde eingeleitet von der Frage nach den **Zukunftssorgen** der Menschen: Sehr deutlich zeigt sich dabei, dass die größte Befürchtung jene vor steigenden Kosten in der Gesundheitsvorsorge und Behandlung von Krankheiten ist: insgesamt 80% befürchten dies sehr oder ziemlich (vgl. Abbildung 8). Der Abbau von Sozialleistungen, anhaltend hohe Arbeitslosigkeit sowie empfindliche Einsparungsmaßnahmen der Gemeinden beim Angebot von öffentlichen Dienstleistungen sind jene Entwicklungen, die den österreichischen StadtbewohnerInnen die größten Sorgen bereiten. Jeweils zwei Drittel oder mehr der Befragten äußern Befürchtungen über diese potenziellen Entwicklungen in Österreich.

Den Verlust von Einkommen und Wohlstand befürchtet beinahe jede/r Zweite (45%), Sorgen um den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes plagen jede/n fünfte/n StadtbewohnerIn. Interessant ist das Auseinanderklaffen zwischen der allgemeinen Einschätzung hoher Arbeitslosigkeit in Österreich (71% befürchten dies sehr oder ziemlich) und der individuellen Betroffenheit (22%).

Abbildung 8: Befürchtungen österreichischer StadtbewohnerInnen



Quelle: SORA, Angaben in Prozent, n=1057

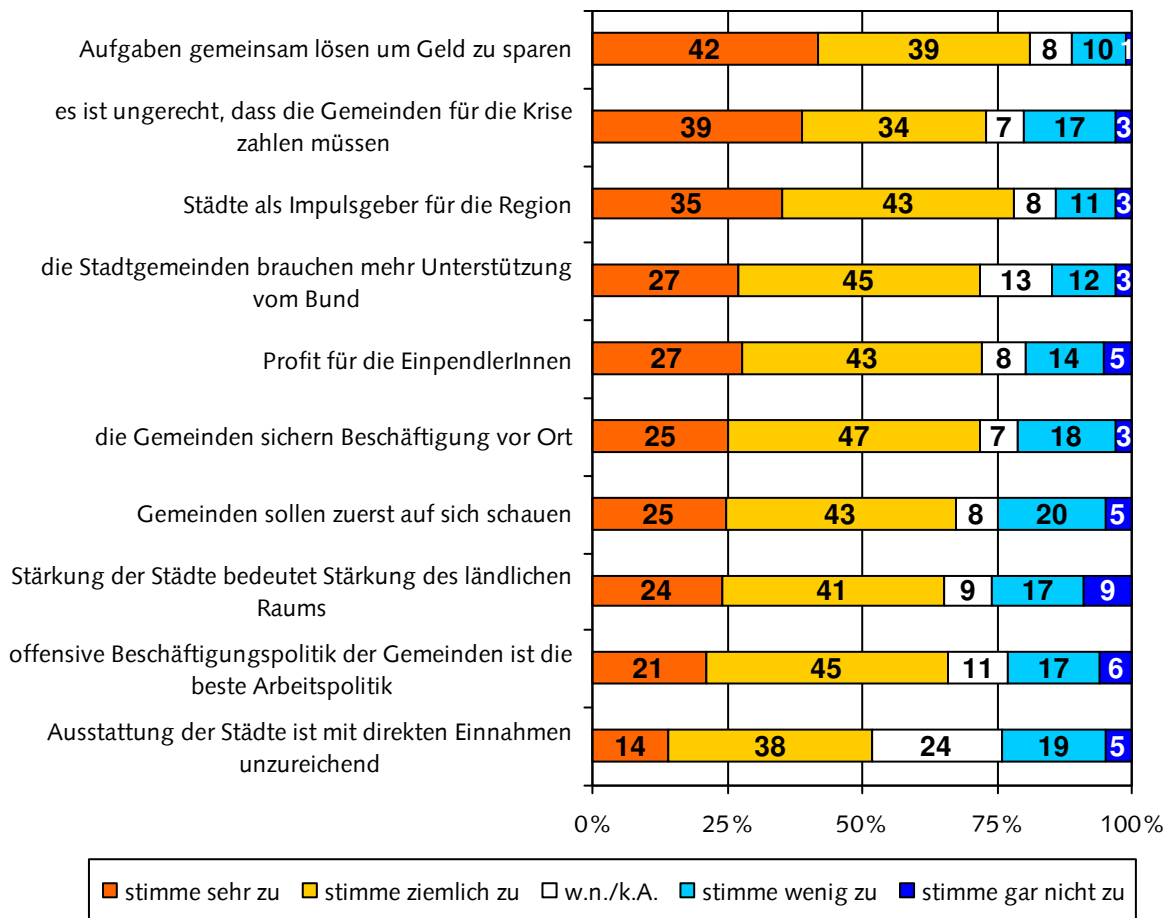
Beachtlich ist die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust bei den jungen Menschen: 34% der unter 30-Jährigen befürchten dies; mit zunehmendem Alter sinkt diese Angst deutlich auf 16% bei den 45- bis 59-Jährigen. In allen anderen Items dieses Fragenblocks haben ältere Menschen größere Befürchtungen als jüngere. Unterschiede nach Geschlecht gibt es lediglich bei der Frage nach dem Verlust von Einkommen und Wohlstand (Frauen 52%, Männer 47%) und hinsichtlich einer insgesamt anhaltend hohen Arbeitslosigkeit (Frauen 76%, Männer 66%).

Nach der Gemeindegröße zeigen sich keine Trends. Auch aus der Differenzierung der Bildungsabschlüsse lassen sich kaum eindeutige Tendenzen ablesen. Lediglich hinsichtlich des Verlusts des Arbeitsplatzes sinken die Befürchtungen mit zunehmender Bildung: 28% der PflichtschulabsolventInnen befürchten diesen sehr oder ziemlich, HochschulabsolventInnen dagegen zu nur 12%. Tendenziell haben in allen Items Personen, die derzeit arbeitslos, karenziert oder aus sonstigen Gründen zuhause sind, sowie PensionistInnen größere Befürchtungen als Berufstätige und Menschen in Ausbildung. Besonders letztere zeigen sich im Vergleich zum Teil recht „sorglos“.

3.2 Leistungen der Zentralorte für das Umland und Finanzierung

Zum Themenfeld Leistungen der Städte und Gemeinden als Zentralorte und ihre finanziellen Belastungen wurde den Befragten eine umfassende Fragenbatterie vorgelegt. Die stärkste Zustimmung erhält mit insgesamt 81% die Aussage, dass Gemeinden Geld sparen könnten, wenn sie Aufgaben gemeinsam lösen würden (vgl. Abbildung 9). Die Antworten zeigen weiters, dass sich die befragten StadtbürgerInnen der Bedeutung der österreichischen Städte für den Arbeitsmarkt und als Impulsgeber auch für ländliche Umlandregionen bewusst sind. Sie empfinden es auch als ungerecht, dass nun die Gemeinden und ihre BürgerInnen für die Folgen der Wirtschaftskrise zahlen müssen. Mehr als 70% der Befragten stimmen hier den betreffenden Aussagen zu. Die Ansicht, dass die Stadtgemeinden in den vergangenen Jahren ständig neue Aufgaben übernehmen mussten und daher gerade jetzt mehr Unterstützung vom Bund brauchen, wird ebenfalls von einem Großteil der Befragten geteilt.

Abbildung 9: Verteilung von Aufgaben und Geld



Quelle: SORA, Angaben in Prozent, n=1057

Interessant ist die Wahrnehmung der Menschen hinsichtlich **Kooperation** von Städten und Gemeinden in Österreich: mit 81% befürworten die meisten der Befragten ein gemeinsames Lösen wichtiger Aufgaben um Geld zu sparen. Demgegenüber stimmen aber auch 68% der Aussage zu, dass – weil das Geld knapp ist – jede Gemeinde zuerst auf sich schauen soll. In der Frage des Egoismus der Gemeinden sind Personen mit Hochschulabschluss eine Ausnahme mit ihrer überdurchschnittlichen Ablehnung dieser Aussage (43% gegenüber 25% unter allen Befragten).

Knapp drei Viertel der Befragten finden es **ungerecht, dass die Gemeinden und ihre BürgerInnen für die Wirtschaftskrise zahlen** sollen. Auffallend vom Durchschnitt weichen wiederum Personen mit Hochschulabschluss ab: 38% stimmen der Aussage nicht zu (insgesamt 20%).

Ebenfalls hohe Zustimmung erhält insgesamt die Meinung, dass Städte **Impulsgeber** für die Umlandregionen sind. Personen, die derzeit arbeitslos, karenziert oder aus sonstigen Gründen zuhause sind, stimmen dieser Aussage seltener zu (66%) als Berufstätige oder PensionistInnen (jeweils 80%) und haben deutlich öfter gar keine Meinung dazu. Personen mit Matura stimmen mit 86% deutlich öfter zu als Personen ohne Matura (74%).

Dass die Stadtgemeinden **mehr Unterstützung vom Bund** brauchen, befürworten 72% der Befragten. Die Einschätzung, dass von vielen Leistungen der Städte und Gemeinden **Menschen aus dem Umland profitieren**, unterstützen insgesamt 73%. Die Zustimmung zu dieser Frage steigt mit dem Alter der Befragten, entsprechend ist auch die Zustimmung bei PensionistInnen hoch. Hier ist aber auch der Anteil der Befragten ohne Meinung hoch.

Dass die Gemeinden **Beschäftigung vor Ort sichern** glauben 72% der Befragten. Die Zustimmung in Orten mit bis 10.000 EinwohnerInnen liegt hier bei „nur“ 61%. Frauen sind mit 69% etwas skeptischer als Männer mit 75%. Jüngere sind etwas skeptischer als Ältere. Deutlich skeptischer sind auch Personen, die derzeit arbeitslos, karenziert oder aus sonstigen Gründen zuhause sind (26% Ablehnung, 20% w.n./k.A.) sowie Personen in Ausbildung (24% Ablehnung, 8% w.n./k.A.).

Der Aussage, dass eine **Stärkung der Städte gleichzeitig auch eine Stärkung des ländlichen Raums** bedeutet, stimmen insgesamt 65% der Befragten zu. Nach Gemeindegröße differenziert zeigt sich die vergleichsweise starke Ablehnung dieser Meinung bei BewohnerInnen von Städten/Gemeinden bis 10.000 EinwohnerInnen: 19% stimmen der Aussage „gar nicht“ zu, im Durchschnitt liegt dieser Wert bei 9%. Frauen sind etwas skeptischer als Männer, Personen, die derzeit arbeitslos, karenziert oder aus sonstigen Gründen zuhause sind, sind

skeptischer als Berufstätige oder PensionistInnen. Beide Gruppen haben aber auch überdurchschnittlich oft keine Meinung. Ebenfalls hoch ist auch die Enthaltung bei Personen mit Hochschulabschluss, insgesamt nimmt auch die Ablehnung mit steigender Bildung leicht zu.

Nach Gemeindegröße, Alter, Bildung und Geschlecht gibt es keine einheitlichen Trends beim Item, dass eine **offensive Beschäftigungspolitik auf Gemeindeebene** immer noch die **beste Arbeitsmarktpolitik** sei. Nach dem Erwerbsstatus zeigt sich, dass Berufstätige mit 70% hier die höchste Zustimmung geben. Personen, die derzeit arbeitslos, karnziert oder aus sonstigen Gründen zuhause sind stimmen nur zu 55% zu. Sie lehnen die Aussage zu 28% ab, weitere 17% machen keine Angabe. Die höchste Ablehnung findet sich mit 31% bei Personen in Ausbildung.

Bei der Frage nach der **unzureichenden direkten finanziellen Ausstattung** der Städte lassen sich in den Untergruppen kaum eindeutige Trends ausmachen. Männer sehen dies etwas stärker (55%) als Frauen (50%) und Personen mit Hochschulabschluss stimmen mit nur 35% deutlich weniger zu als der Durchschnitt. Zu beachten ist, dass bei dieser Frage knapp ein Viertel der Befragten keine Meinung hat. Diese Aussage ist also für viele Befragte schwierig zu beurteilen. In der Kommunikation der Städte würde so eine Aussage viel Verwirrung auslösen.

Für die **Verbesserung der finanziellen Situation der Gemeinden** wurden den Befragten zwei Vorschläge unterbreitet, die annähernd gleichen Anklang finden: Rund 64% stimmen Strukturreformen sowie einer Umschichtung von Steuereinnahmen zugunsten der Gemeinden zu (vgl. Tabelle 4). Differenziert man die Ergebnisse nach der Gemeindegröße, so zeigt sich, dass in Gemeinden und Städten zwischen 10.000 und 20.000 EinwohnerInnen sowie in Wien die Zustimmung zum Vorschlag Steuereinnahmen zu den Gemeinden umzuschichten höher ist. Einen leichten Anstieg der Zustimmung gibt es auch mit steigendem Alter, deutlich ist der Anstieg bei Menschen mit höherer Bildung.

Die Idee von Strukturreformen – konkret wurde hier die Zusammenlegung von Gemeinden genannt – stößt in Wien auf eine überdurchschnittliche Zustimmung. Insbesondere Gemeinden mit bis zu 10.000 EinwohnerInnen sind hier aber skeptisch.

Tabelle 4: Vorschläge zur Verbesserung der Finanzlage

gerechtfertigter Vorschlag	sehr	ziemlich	wenig	gar nicht	wn./k.A.
Strukturreformen, die es Gemeinden erleichtern, ihre Aufgaben zu finanzieren, wie z.B. die Zusammenlegung von Gemeinden	22	42	15	5	15
stärkere Umschichtung von Steuereinnahmen direkt zu den Gemeinden	22	41	16	4	17

Quelle: SORA, Angaben in Prozent, n=1057

3.3 Beteiligung der Bundesregierung an der Finanzierung

In einem weiteren Fragenblock wurde die Zustimmung nach **Interventionen der Bundesregierung** abgefragt. Dabei erhält die Forderung an die Gemeinden, zunächst selbst noch Einsparungspotenzial zu suchen, die höchste Zustimmung unter den Befragten: Insgesamt 78% stimmen der Aussage zu (vgl. Tabelle 5). Nach dem Alter differenziert lehnen jüngere Menschen diese Aussage etwas stärker ab als ältere. Investitionen in die kommunale Infrastruktur stimmen 73% zu. Den beiden Aussagen zur Basisversorgung stimmen rund zwei Drittel zu, allerdings haben hier 15% der Befragten keine Meinung.

Tabelle 5: Interventionen der Bundesregierung

Zustimmung	sehr	ziemlich	wenig	gar nicht	wn./k.A.
Städte und Gemeinden sollen zuerst ausloten, ob sie die Abläufe innerhalb ihrer Verwaltungsbehörden noch effizienter gestalten können, bevor sie mehr Geld vom Bund verlangen	34	44	8	2	12
Die Bundesregierung muss rasch in die kommunale Infrastruktur investieren	28	44	14	2	11
Nach dem Bankenpaket soll die Bundesregierung jetzt ein Städtepaket beschließen, damit Städte und Gemeinden die Grundversorgung für ihre Bürger aufrecht erhalten können	24	39	15	8	15
Die Bundesregierung muss jetzt Maßnahmen für die Gemeinden setzen, denn sonst kann dort die Basisversorgung nicht mehr aufrechterhalten werden	23	43	15	5	15

Quelle: SORA, Angaben in Prozent, n=1057

3.4 Reformvorschläge für die Finanzierung

Hinsichtlich der Finanzierung der Leistungen der österreichischen Städte wurden den Befragten Vorschläge für eine Neustrukturierung der finanziellen Beziehungen von Bund, Ländern und Gemeinden zur Beurteilung vorgelegt. Die Vorschläge betreffen die Steuerhoheit, die Aufteilung der Finanzierung von Landesaufgaben und den Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleich. Für einen besseren Einblick in die Meinungen zu diesen Themenkomplexen hatten die Befragten dabei auch in offenen Fragen die Möglichkeit, ihre Ansichten zu begründen. Diese Antworten gewähren sehr interessante und auch wertvolle Einsichten in die Einschätzungen der Menschen. Nachfolgend sind die Ergebnisse zu den einzelnen Vorschlägen dargestellt, eine ausführliche Darstellung der offenen Antworten ist dem Anhang zu entnehmen.

Dem Vorschlag, dass **Städte und Gemeinden selbst Steuern einnehmen** dürfen, stimmen insgesamt 53% der Befragten zu. Rund 30% lehnen den Vorschlag ab, 17% haben dazu keine Meinung. Differenziert nach aktueller Erwerbstätigkeit zeigen sich erneut Personen, die arbeitslos, karenziert oder aus sonst einem Grund zu Hause sind, wiederum deutlich skeptischer als andere: nur etwa ein Drittel stimmt dem Vorschlag zu, jeweils ein Drittel ist dagegen bzw. enthält sich der Meinung. Im Gegensatz dazu sind 59% der derzeit Berufstätigen dafür; in dieser Gruppe sind auch nur 11% unentschlossen.

Auffällig ist, dass mit 40% ein hoher Anteil der Personen mit Hochschulabschluss den Vorschlag ablehnt – und hier ist der Anteil derjenigen, die sich der Meinung enthalten vergleichsweise gering. Frauen sind etwas skeptischer als Männer und deklarieren sich ebenfalls seltener (21% gegenüber 14% bei Männern).

Des weiteren wurden die Befragten gebeten, ihre Pro- bzw. Kontra-Entscheidung zu begründen. Hier wurde den Menschen die Gelegenheit gegeben, in einer offenen Frage ihre Meinung in eigenen Worten zu äußern. Diese Antworten wurden für die Auswertung kategorisiert und zusammengefasst⁴.

Das häufigste Argument von Personen, die sich **für das Einheben der Steuern durch die Gemeinden selbst** aussprechen, ist jenes, dass die Gemeinden dann mehr Geld und dieses direkt zur Verfügung haben (17% der Nennungen). Ein mehr an Autonomie für die Gemeinden sowie eine bessere Verwendung und

⁴ Dabei wurden diejenigen, die keine Meinung hatten, nicht weiter nach einer Begründung gefragt, die Zahl der Befragten beträgt in diesem Fall also insgesamt 884. Eine ausführliche Übersicht geben die Tabellen im Anhang.

Einteilung des Geldes sehen jeweils 11%; ganz allgemein dafür sind 14% der Befragten.

Die nachfolgende Liste führt die häufigsten Argumente der Befragten an. In Klammer sind typische Aussagen in den betreffenden Kategorien als Beispiel angeführt.

- 1) mehr direkte finanzielle Unterstützung für die Gemeinden („*Geld bleibt in der Gemeinde*“)
- 2) Autonomie und Selbstverantwortung („*mehr Eigenständigkeit für die Gemeinden*“)
- 3) effizientere und einfachere Verwaltung („*weniger Verwaltungsaufwand, bessere Verteilung der Steuermittel*“)
- 4) bessere Verwendung und Einteilung („*die Gemeinden können die Steuergelder viel besser einteilen*“)
- 5) Gerechtigkeitsvorstellungen („*bessere und gerechtere Verteilung der Steuermittel*“)
- 6) Bürgernähe („*kommt den Menschen lokal zugute*“)

Personen, die sich **gegen** einen solchen Vorschlag aussprechen, führen als Hauptargument an, dass dies einen höheren und damit teureren Verwaltungsaufwand bedeutet, 33% der Nennungen beziehen sich auf diese Befürchtung! Von 18% werden Aspekte wie Unübersichtlichkeit, Willkür und Missbrauch durch fehlende Kontrolle genannt. Dieses Argument kommt oft in Kombination mit der Erwartung von mehr Verwaltung. Ganz allgemein ohne weitere Begründung dagegen sind 13% der Befragten.

Die fünf häufigsten Gegenargumente und dafür typische Aussagen sind:

- 1) teurere Verwaltungsmaßnahmen und (in Folge) mehr oder höhere Steuern („*es kommt zu zusätzlichem Verwaltungsaufwand*“)
- 2) Unübersichtlichkeit, Willkür und Missbrauch durch fehlende Kontrolle („*vermindert die Transparenz und bedarf mehr Kontrolle*“)
- 3) Zentralismus („*sollte zentral passieren, Kosten sparen*“)
- 4) Konkurrenzierung der Gemeinden („*Wildwuchs*“)
- 5) Gerechtigkeitsvorstellungen („*die Verteilung wäre ungerecht, nicht jeder ist gleich stark*“)

Der zweite präsentierte Vorschlag betrifft die **Aufteilung der Finanzierung von Landesaufgaben**. Hier wurde gefragt, ob beispielsweise im Gesundheitswesen die Länder ihre Leistungen alleine finanzieren sollten. Die Analyse der Daten zeigt, dass den Befragten die Beantwortung dieser Frage nicht leicht fällt: ein Viertel enthält sich hier einer Meinung! Die Zustimmung liegt insgesamt bei nur 46%, 29% sind gegen den Vorschlag. Differenziert nach Untergruppen zeigen sich ähnliche Verteilungen wie in der Frage nach den Steuereinnahmen. Die

BewohnerInnen der kleinsten Gemeinden sind in geringerem Ausmaß dafür (42%) als andere, deklarieren sich dafür insgesamt weniger (28% w.n./k.A.), Frauen sind etwas skeptischer als Männer und deklarieren sich ebenfalls seltener (30% gegenüber 20% bei Männern).

Im Vergleich wiederum skeptischer sind Personen, die arbeitslos, karenziert oder aus sonst einem Grund zu Hause sind (33% Ablehnung, 42% w.n./k.A.) sowie Personen in Ausbildung (31% Ablehnung, 36% w.n./k.A.). Differenziert nach Bildung zeigen sich wiederum Personen mit Hochschulabschluss am skeptischsten: nur ein Drittel befürwortet den Vorschlag, 48% lehnen ihn ab, 20% haben keine Meinung.

Personen, die sich **für den Vorschlag der Neuaufteilung der Finanzierung von Landesausgaben** aussprechen⁵, begründen dies am häufigsten mit dem Wunsch nach mehr Autonomie und Verantwortung für die einzelnen Ebenen (hier wurden auch Antworten bezüglich Mitsprache und BürgerInnenbeteiligung zugeordnet). Der zweite wichtige Grund ist eine bessere und gerechtere Verteilung der Steuermittel. Aber auch in diesem Fall sind Kosteneinsparungen bzw. der Wunsch nach Effizienz in der Verwaltung ein Thema.

Die häufigsten Argumente und typische Aussagen sind:

- 1) Autonomie, Verantwortung und Mitsprache („*mehr Mitspracherecht auch für die Bewohner*“)
- 2) Gerechtigkeitsvorstellungen bzw. bessere und gerechtere Verteilung der Steuermittel („*weil das gerechter ist und besser funktionieren wird*“)
- 3) bessere Übersicht und Kontrolle („*so gibt es eine bessere Kontrolle*“)
- 4) Einsparungen und überlegtere Tägung von Ausgaben („*dann wird das Geld gezielter eingesetzt*“)
- 5) Effizientere und kostengünstigere Verwaltung („*man erspart sich Verwaltungskosten*“)

Bei den Begründungen für ihre **Ablehnung** eines solchen Vorschlags bleiben viele Befragte vage: Typische Antworten sind hier „bin nicht so begeistert von dem Vorschlag“ oder „funktioniert jetzt auch ganz gut“. Bei den spezifischen Antworten fallen die meisten Nennungen auf den Komplex Verwaltung und Kosten. Weiters relevant sind die Argumente Ungerechtigkeit und der Verlust des Zusammenhalts.

Die häufigsten Gründe und Beispiele für typische Aussagen sind:

⁵ Für die Auswertung der Begründungen in der offenen Frage standen die Antworten von 803 Personen zur Verfügung.

- 1) Ungerechtigkeitsvorstellungen bzw. dass die Finanzierung nicht mehr für alle Ebenen tragbar wäre („jede Gemeinde kann nicht alles selbst bezahlen“)
- 2) Verlust von Kooperation und Solidarität („Auseinanderfallen des sozialen und politischen Zusammenhangs“)
- 3) Mehrkosten und steigender Verwaltungsaufwand („Bürokratie wird erzeugt statt abgebaut“)
- 4) Verlust an Übersicht und Kontrolle („kaum überschaubar und nachprüfbar“)

Die dritte Frage befasst sich mit der Einschätzung der **stärkeren Berücksichtigung der Zentralortfunktion von Städten beim Finanzierungsschlüssel**: Die Befragten wurden gebeten zu beurteilen, ob Städte und Ballungszentren, die wichtige öffentliche Einrichtungen auch für Bewohner anliegender ländlicher Regionen bereitstellen, einen höheren Anteil bei der Verteilung dieser Steuermittel bekommen sollen, als ihnen aufgrund der EinwohnerInnenzahl zugebilligt wird. Insgesamt ist mit 53% knapp die Mehrheit für eine solche Erhöhung, allerdings hat wiederum ein Viertel der Befragten keine Meinung. In Gemeinden mit bis zu 10.000 EinwohnerInnen stimmen lediglich 48% der Befragten zu, in Gemeinden der nächsthöheren Kategorie 63%. In Städten/Gemeinden zwischen 100.000 und 300.000 EinwohnerInnen sind lediglich 47% für eine zusätzliche Abgeltung (32% w.n./k.A.), in Wien sind hingegen 54% dafür (26% w.n./k.A.).

Nach dem derzeitigen Erwerbsstatus zeigt sich das bekannte Muster, dass Personen, die arbeitslos, karenziert oder aus sonst einem Grund zu Hause sind (36% Zustimmung, 38% w.n./k.A.) sowie Personen in Ausbildung (48% Zustimmung, 36% w.n./k.A.) deutlich skeptischer sind als Berufstätige (58% dafür, 20% w.n./k.A.). Auch in dieser Frage sind Frauen (49% Zustimmung) skeptischer als Männer (58%) und deklarieren sich seltener (29% gegenüber 20%).

Personen mit Hochschulabschluss sind in dieser Frage jene Gruppe mit der deutlichsten Befürwortung: 64% sind für den Vorschlag, 20% dagegen, lediglich 15% haben keine Meinung. Darüber hinaus zeigt die Verteilung nach Bildung wiederum keinen einheitlichen Trend.

Personen, die sich **für die Honorierung der Zentralfunktion von Städten** aussprechen, begründen dies in erster Linie damit, dass dies gerechter sei. Weitere Argumente dafür sind ein allgemein formuliertes Abgelten des Mehraufwands dieser Städte sowie explizit genannte spezifische Mehraufwände – typische Beispiele dafür sind die Aufrechterhaltung der Infrastruktur, die hohe EinwohnerInnenzahl oder noch konkreter die Ausgaben für Spitäler.⁶

⁶ Für die Auswertung der Begründungen in der offenen Frage standen die Antworten von 739 Personen zur Verfügung.

Die vier häufigsten Argumente und typische Aussagen dafür sind:

- 1) Gerechtigkeitsvorstellungen („*gerechte Verteilung der Steuermittel*“)
- 2) unspezifisches Mehr an Leistungen („*mehr Bedarf z.B. an Geld*“)
- 3) spezifische Mehrleistungen („*Infrastruktur und mehr Einwohner*“)
- 4) Zentralortfunktion, bzw. das Umland profitiert („*weil davon auch die angrenzenden Gemeinden profitieren*“)

Personen, die sich **gegen einen solchen Vorschlag** aussprechen, argumentieren ähnlich, nun steht aber die potenzielle Benachteiligung von Umlandgemeinden im Fokus: Die GegnerInnen des Vorschlages finden dies ungerecht und erwarten finanzielle Einbußen für die Gemeinden, die diese aber nicht oder nur sehr schwer verkraften. Ohne konkrete Begründung allgemein dagegen sind 19%.

Die häufigsten Argumente und typische Aussagen sind:

- 1) Ungerechtigkeitsvorstellungen („*Aufteilung nach Einwohnerzahl ist immer noch gerechter*“)
- 2) die Verluste für das Umland („*Ballungszentren sind reich genug, kleine Gemeinden haben wenig Geld*“)
- 3) Verschwendung und Steuererhöhung („*missbräuchliche Verwendung der Steuermittel*“)
- 4) keine Veränderungen („*will keine Veränderung, alles so belassen*“)

4 Zusammenfassung der Studienergebnisse und Implikationen für die Öffentlichkeitsarbeit des Städtebundes

4.1 Zusammenfassung der Studienergebnisse

Der allgemeine Fragenteil

Die Erhebung 2010 zeigt, dass die Zufriedenheit der BewohnerInnen mit der Lebensqualität an ihrem Wohnort nach wie vor hoch ist.

Wie auch im Vorjahr sind fast alle BewohnerInnen österreichischer Städte mit den grundlegenden **kommunalen Dienstleistungen** wie Trinkwasserversorgung, der Müllentsorgung und den Gesundheitseinrichtungen zufrieden. Unabhängig davon, um welche konkrete kommunale Dienstleistung es sich handelt, ist die überwiegende Mehrheit der Befragten auch der Meinung, dass diese auch zukünftig von Städten und Gemeinden bereitgestellt werden sollen und nicht an private Anbieter ausgelagert werden.

Hinsichtlich solcher **möglichen Privatisierungen** sind Frauen teils offener als Männer, ebenso sind – mit Ausnahmen – Personen, die zumindest einen Maturaabschluss haben, stärker für die Auslagerung an private Anbieter. Vehement für einen Verbleib der genannten Leistung in öffentlicher Hand sind PensionistInnen. Wenig und gar nicht wichtig ist es tendenziell für Personen, die derzeit arbeitslos, karenziert oder aus sonstigen Gründen zuhause sind.

Bei Fragen nach kommunalen Dienstleistungen ist diese letztgenannte Untergruppe nach den Frauen oft die „skeptischste“ – d.h. sie sind, insbesondere im Vergleich mit Berufstätigen, tendenziell um einige Prozentpunkte unzufriedener. Noch deutlicher wird dies durch ihre vergleichsweise starke Ablehnung der Beibehaltung dieser Dienste in öffentlicher Hand. Eine mögliche Interpretation ist, dass diese Gruppe aufgrund ihrer vielleicht häufigeren Erfahrungen mit öffentlichen Stellen auch schlechte Eindrücke von Amtswegen gewinnen und daher negativer eingestellt sind. Weiters kann sich eine bestehende Unzufriedenheit mit der eigenen Lage (und eventuell prekären Lebenssituation) auf die Meinung über andere Dinge übertragen.

Ebenso hohe Zufriedenheiten wie bei der allgemeinen Lebensqualität und verschiedenen kommunalen Dienstleistungen verbuchen die **Freizeitangebote** in österreichischen Städten, vor allem Grünflächen, Naherholungsgebiete, Lokale und Gaststätten erreichen Werte zwischen 80% und 91%. Eine Ausnahme sind

hier Treffpunkte für Jugendliche in der Wohngemeinde: Mit 48% ist weniger als die Hälfte der Befragten diesbezüglich zufrieden. Dabei ist aber zu beachten, dass jüngere Menschen selbst wesentlich zufriedener sind. Ältere Menschen beurteilen hier vermutlich „vom Hörensagen“ einfach pessimistischer oder stehen solchen Angeboten inhaltlich skeptischer gegenüber.

Die Fragenbatterie zu **Bildungs- und Arbeitsmarktaspekten** zeigt hohe Zufriedenheiten mit dem Angebot an Pflichtschulen und an höheren Schulen; die Weiterbildungsmöglichkeiten in der Wohngemeinde beurteilen gut zwei Drittel als zufriedenstellend. Weiters werden hier aber auch die drängenden Probleme der Menschen sichtbar: Die sozialen Aufstiegschancen kann noch gut die Hälfte der Befragten positiv bewerten, hier sind aber schon 29% der Befragten nicht zufrieden. Das Angebot an Arbeitsplätzen wird von knapp der Hälfte der Befragten als zufriedenstellend bewertet. Die geringste Zufriedenheit herrscht bezüglich des Angebots an Lehrstellen/Lehrwerkstätten (38% sind zufrieden, 39% nicht zufrieden) und „guten Arbeitsplätzen“ in der Wohngemeinde (37% sind zufrieden, 46% unzufrieden). Deutlich zeigen sich in diesen Fragen die Auswirkungen des Geschlechts auf die Arbeitsmarktsituation und Berufschancen: Männer beurteilen die abgefragten Items teils deutlich besser als Frauen.

Die Fragen nach dem **subjektiven Sicherheitsgefühl** zeigen dieselbe Abstufung wie im Vorjahr: das höchste Sicherheitsempfinden haben Menschen allgemein in ihrer Wohnumgebung sowie untertags auf öffentlichen Plätzen. Danach folgt der Straßenverkehr der Wohngemeinde und zuletzt „bei Dunkelheit auf öffentlichen Plätzen“. Tendenziell sinkt das Sicherheitsgefühl mit zunehmender Zahl der EinwohnerInnen; lediglich „untertags, auf öffentlichen Plätzen“ ist das Empfinden in Wien etwas besser als in Städten/Gemeinden zwischen 20.000 und 300.000 EinwohnerInnen. Erwartungsgemäß weniger sicher fühlen sich insgesamt Frauen und bei Dunkelheit auch ältere Menschen.

Auch die Frage nach den **Gründen für die Zuwanderung in die Städte** in die derzeitige Wohngemeinde ist im Vergleich mit den Vorjahresergebnissen stabil: für Frauen sind in erster Linie „private Gründe“ ausschlaggebend, für Männer sind Arbeit und Beruf deutlich wichtiger. Je größer die EinwohnerInnenzahl einer Gemeinde/Stadt, desto wichtiger werden die Aspekte Arbeit, Beruf und Aus-/Bildung, wobei die Werte für Wien immer wieder ein bisschen zurückgehen. Umgekehrt sind private Gründe sowie ein Haus zu bauen oder zu kaufen wichtiger, je kleiner ein Wohnort ist.

Der spezifische Fragenblock

Die größten **Befürchtungen** der StadtbewohnerInnen sind jene vor steigenden Kosten in der Gesundheitsvorsorge und bei der Behandlung von Krankheiten. Aber auch Ängste vor einem Abbau von Sozialleistungen, anhaltend hoher Arbeitslosigkeit sowie empfindlichen Einsparungsmaßnahmen der Gemeinden beim Angebot von öffentlichen Dienstleistungen sind weit verbreitet. Jeweils zwei Drittel oder mehr der Befragten äußert Befürchtungen über diese potenziellen Entwicklungen in Österreich.

Den Verlust von Einkommen und Wohlstand befürchtet beinahe jede/r Zweite, Sorgen um den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes plagen jede/n fünfte/n StadtbewohnerIn. Wobei die allgemeine Einschätzung hoher Arbeitslosigkeit in Österreich die Angst vor der individuellen Betroffenheit weit überwiegt. Beachtlich ist die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust bei den jungen Menschen: 34% der unter 30-Jährigen befürchten dies, mit zunehmendem Alter sinkt diese Angst deutlich auf 16% bei den 45- bis 59-Jährigen.

Für die **Bewältigung der Leistungen** der Städte sind die Befragten mehrheitlich für ein gemeinsames Lösen der Aufgaben, da damit Geld gespart werden könnte. Die StadtbürgerInnen sind sich weiters der Bedeutung der österreichischen Städte für den Arbeitsmarkt und als Impulsgeber auch für die ländlichen Umlandregionen bewusst. Sie empfinden es auch als ungerecht, dass nun die Gemeinden und ihre BürgerInnen für die Folgen der Wirtschaftskrise zahlen müssen. Die Ansicht, dass die Stadtgemeinden in den vergangenen Jahren ständig neue Aufgaben übernehmen mussten und daher gerade jetzt mehr Unterstützung vom Bund brauchen, wird ebenfalls von einem Großteil der Befragten geteilt.

Für die **Verbesserung der finanziellen Situation der Gemeinden** finden die zwei Vorschläge, Steuereinnahmen zugunsten der Gemeinden umzuschichten und Strukturreformen, wie die Zusammenlegung von Gemeinden, annähernd gleichen Anklang. Insbesondere der zweite Vorschlag polarisiert die Befragten aber je nach Größe ihres Wohnortes: WienerInnen stimmen hier überdurchschnittlich zu, die BewohnerInnen aller anderen Gemeinden und Städte lehnen diesen Vorschlag überdurchschnittlich ab, insbesondere Gemeinden mit bis zu 10.000 EinwohnerInnen sind hier skeptisch.

Schließlich wurden die Befragten um ihre Meinung hinsichtlich **Interventionen der Bundesregierung** gebeten: Dabei erhält die Forderung an die Gemeinden, zunächst selbst noch Einsparungspotenzial zu suchen von über drei Viertel der Befragten Zustimmung. Annähernd gleich hoch ist die Zustimmung zu Investitionen in die kommunale Infrastruktur. Von jeweils rund zwei Drittel

werden Forderungen an die Bundesregierung zur Aufrechterhaltung der Basisversorgung unterstützt.

Die drei abgefragten Vorschläge für eine Neustrukturierung der finanziellen Beziehungen von Bund, Ländern und Gemeinden können viele der Befragten gar nicht beurteilen: Bis zu einem Viertel der Menschen enthält sich hier einer Meinung. Darüber hinaus erzielen zwei der Fragen nur knapp mehr als 50% Zustimmung, dem Vorschlag zur Aufteilung der Finanzierung von Landesaufgaben stimmen insgesamt nur 46% zu.

4.2 Implikationen für die Öffentlichkeitsarbeit des österreichischen Städtebundes

Ergänzend zu den im Rahmen der Analysen zum Städtebarometer 2009 entwickelten Kommunikationslinien können aus den aktuellen Forschungsergebnissen weitere Implikationen für die Öffentlichkeitsarbeit des österreichischen Städtebundes abgeleitet werden.

Die **Leistungen der Städte** und die hohe Zufriedenheit der BürgerInnen damit erlauben es, diese in einem offensiven, positiven Ansatz zu kommunizieren. Darauf aufbauend kann auf die Auswirkungen durch eine tatsächliche oder potenzielle unzureichende finanzielle Ausstattung hingewiesen werden:

„Die österreichischen Städte leisten viel für die BürgerInnen, dafür muss ausreichend Geld zur Verfügung stehen.“

Für das Kommunizieren möglicher Konsequenzen für die Lebensqualität der BürgerInnen in Österreichs Städten bei mangelhaften finanziellen Grundlagen der Kommunen ist Klarheit angebracht. Dabei soll aber nicht auf einen „angstmacherischen“ kommunikativen Ansatz gesetzt werden, da dieser das gute Gesamtimage der österreichischen Städte gefährden könnte.

Hinsichtlich Forderungen nach zusätzlicher oder anderer finanzieller Abgeltung soll an dieser Stelle noch auf die hohe Zustimmung der Befragten bei der Frage nach Einsparungen bei den Gemeinden selbst verwiesen werden. In der geschlossenen Frage stimmt ein Großteil der Befragten dafür und auch in den offenen Antworten zeigt sich die Angst vor steigenden bzw. hohen Verwaltungskosten deutlich. D.h. die österreichischen Städte und der Städtebund müssen gewappnet sein, auf dieses Argument zu reagieren. Ansätze dazu sind das Aufzeigen dessen, was Verwaltung leistet, welche Leistungen die BürgerInnen damit konsumieren und was die Konsequenzen von (wiederholten oder laufenden

weiteren) Einsparungen sind. Angeknüpft werden sollte dies an den Wunsch der Menschen nach „effizienter“ Verwaltung.

Die Kommunikation der **Zentralortfunktion** ist leicht möglich, viele BewohnerInnen der Städte sehen die Leistungen, die die Städte auch für das Umland erbringen.

Schwierig gestaltet sich die Kommunikation von **möglichen Neuerungen in der Finanzierung** von Bund, Ländern und Gemeinden. Viele Befragte können die möglichen Vorschläge nicht beurteilen. Es bietet sich an, Forderungen zur Restrukturierung von Finanzbeziehungen mit anderen Argumenten, die leichter zu verstehen sind und auf hohe Zustimmung stoßen, zu kombinieren. Damit kann es gelingen, die Zustimmung auf die schwierigen und komplizierten Finanzthemen zu übertragen, etwa:

„Die Österreichischen Städte leisten Wichtiges auch für ihr Umland: Sie sind Impulsgeber für wirtschaftliche Entwicklungen, schaffen Arbeitsplätze und stellen viele soziale Leistungen auch für das Umland zur Verfügung, wie zum Beispiel Krankenhäuser. Diese Leistungen müssen den Städten abgegolten werden. Wenn in Österreich Geld verteilt wird, dürfen die Städte nicht gegenüber dem Bund oder dem ländlichen Raum benachteiligt werden.“

„Investitionen in die Infrastruktur und die öffentliche Grundversorgen sind wichtig. Das ist der falsche Platz zu sparen.“

„Städte und Gemeinden haben die Wirtschaftskrise nicht verursacht und sollen daher auch nicht dafür bezahlen müssen.“

„Manchmal kann es effizienter sein, wenn Gemeinden Aufgaben gemeinsam lösen, statt jeder für sich alleine. Gerade kleine Gemeinden könnten sich hier viel Aufwand ersparen.“

Bezüglich **potenzieller Auseinandersetzungen** mit anderen Betroffenen von Umstrukturierungen ist diese letzte Argumentation ein Beispiel: Hier soll die Kommunikation unter der Leitlinie erfolgen, dass Gemeinden mit einer solchen Maßnahme geholfen ist, und die Vorteile sollen aufgezeigt werden.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Österreichischer Städtebarometer, Erhebung Frühjahr 2010, Schichtung der Stichprobe	5
Tabelle 2: Identifikation mit der Heimatstadt, Österreich und Europa, Zeitvergleich 2009 und 2010	6
Tabelle 3: Zufriedenheit mit Angebot an Arbeit und Bildung nach Geschlecht	15
Tabelle 4: Vorschläge zur Verbesserung der Finanzlage	29
Tabelle 5: Interventionen der Bundesregierung	29

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Einschätzung der Wohnumgebung nach Gemeindegröße im Zeitvergleich	7
Abbildung 2: Assoziationen mit der Heimatstadt, Zeitvergleich 2009 und 2010	9
Abbildung 3: Zufriedenheit mit kommunalen Dienstleistungen, Zeitvergleich 2009 und 2010	11
Abbildung 4: Zufriedenheit mit Treffpunkten für Jugendliche in der Wohngemeinde 2010 nach Alter	14
Abbildung 5: Einschätzung der Nachbarschaft nach Gemeindegröße	16
Abbildung 6: Anteil an ZuwanderInnen in der NachbarInnenschaft nach Gemeindegröße, Zeitvergleich 2009 und 2010	18
Abbildung 7: Subjektives Sicherheitsempfinden in der Wohngemeinde, Zeitvergleich 2009 und 2010	21
Abbildung 8: Befürchtungen österreichischer StadtbewohnerInnen	25
Abbildung 9: Verteilung von Aufgaben und Geld	26